

Was hilft gegen die Angst?

Verstärkte Unsicherheiten und sozialer Abstand zu Zeiten der Corona-Pandemie: Psychosoziale Unterstützung für Geflüchtete dringend notwendig

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF e.V.) macht auf die psychosozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie für Geflüchtete aufmerksam. In Zeiten großer Unsicherheit und Angst sowie einer Krise der Gesundheitsversorgung besteht eine verstärkte Notwendigkeit, die prekäre Lebenssituation Geflüchteter zu beachten. Es gilt, mehrsprachige Informationen bereitzuhalten und auch den Zugang zu Gesundheitsversorgung und psychosozialer Online-Beratung sicherzustellen.

Die Covid-19 Pandemie und ihre Konsequenzen verschärfen sich von Tag zu Tag. Viele Menschen haben große Angst, sich oder andere zu infizieren und nicht ausreichend medizinisch behandelt werden zu können. Die Informationslage ist trotz Anstrengungen von Seiten Politik und Wissenschaft für den Großteil der Bevölkerung undurchsichtig und von kursierenden Falschmeldungen geprägt. Durch den Aufruf zur sozialen Distanzierung fühlen sich viele immer mehr abgeschnitten vom Rest der Gesellschaft. Diese Ungewissheit, Ängste und fehlender Kontakt betreffen in verschärftem Ausmaß auch geflüchtete Menschen hier in Deutschland.

Nicht nur in den sozialen Medien, sondern mittlerweile auch in der Tagesschau oder in Form von direkten Appellen der Bundeskanzlerin werden die sonst nüchternen Nachrichten von emotionalen Inhalten begleitet. Den Verunsicherungen und Ängsten der Bevölkerung werden das Versprechen und die Forderung von Verbundenheit und Solidarität gegenübergestellt. Das Kontrollerleben der Bevölkerung wird durch die Möglichkeit, bestimmte Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen und auf Abstand zu gehen, gesteigert. Aus der Arbeit mit traumatisierten Geflüchteten wissen wir, dass genau diese Punkte – Wissen, Verbundenheit mit anderen Menschen, Kontrollerleben – tatsächlich sehr wirkungsvolle Mittel gegen Ängste sind. Für traumatisierte Menschen sind sie essentiell, um sich von Gewalt zu erholen und den ständig hohen Stresspegel zu regulieren. Gleichzeitig wissen wir, dass dies Geflüchteten in der momentanen Situation fast unmöglich gemacht wird.

Die größte Sorge: Asyl und Aufenthalt

Viele Geflüchtete erleben bezüglich ihres Asylverfahrens verstärkte Unsicherheit und Informationslücken: Wann ist nun die Anhörung? Wird meine Duldung verlängert? Gelten die angegebenen Fristen noch? Behörden und Kommunen sind überfordert und durch fehlende Digitalisierung in ihrer Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt. Viele Verfahren wurden nun erst einmal pausiert und Fristen verlängert. Doch in der vergangenen Woche wurden dennoch weiterhin Ablehnungsbescheide mit Rechtsmittelfristen von einer Woche verschickt. In der aktuellen Situation ist es nahezu unmöglich, von Beratungsstellen Unterstützung und die Übersetzung des Bescheids in

kurzer Zeit zu erhalten. Eine Aufklärung über eigene Rechte würde erst durch eine unabhängige Asylverfahrensberatung möglich gemacht.

Verschärfung altbekannter Probleme

Aber auch bei der Ausstellung von Leistungen durch die Ämter für Asylsuchende, darunter Bargeldauszahlungen aber auch Krankenscheine bei der Sozialbehörde, kommt es zu deutlichen Verzögerungen. Bereits vor Covid-19 war bekannt, dass Krankenscheine gegenüber der elektronischen Gesundheitskarte deutliche Nachteile mit sich bringen (Bozorgmehr & Razum, 2015; Razum et al., 2016; Wächter-Raquet, 2016)¹.

Die Auslastung der Krankenhäuser erreicht unter der aktuellen Situation das Maximum, der zusätzliche Verwaltungsaufwand durch die Krankenscheine ist nicht leistbar.

Auch für Geflüchtete muss der **Zugang zur Regelversorgung und Corona-Tests ermöglicht** werden. Die **Sprachmittlung** ist bislang im Gesundheitswesen nicht geregelt, dabei zeigen aber vor allem die aktuellen Zeiten, dass **mehrsprachige Informationen** und ausreichende medizinische Aufklärung zur Verhinderung weiterer Infektionen dringend notwendig sind.

„Lagerkoller“

Die vielerorts bereits heute massiven gesundheitlichen und psychosozialen Beeinträchtigungen, die mit der Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften einhergehen, werden sich in den nächsten Tagen und Wochen existentiell zuspitzen. Soziale Distanzierung, Selbstquarantäne und die Einhaltung von Hygienestandards sind durch die räumliche Enge und die fehlende Privatsphäre nicht realisierbar. In den Unterkünften herrscht bereits jetzt Panik, die Quarantänezimmer reichen nicht aus, Informationen sind vielerorts nicht verfügbar. Während „Zu-Hause-Bleiben“ für viele Menschen mit dem Rückzug an einen sicheren Ort gleichzusetzen ist, sind Geflüchtete in Massenunterkünften allen Risikofaktoren ausgesetzt, die im Moment dringend vermieden werden sollen.

Eine kollektive Quarantäne unter polizeilicher Bewachung ganzer Unterkünfte kann für Menschen mit Traumafolgestörungen dazu führen, dass sie durch die verstärkten Reglementierungen und Freiheitseinschränkungen getriggert werden und sich ihr **psychischer Zustand deutlich verschlechtert**.

Angst, Unsicherheit und Anspannung nehmen zu

Aber nicht nur die Situationen in den Massenunterkünften, sondern auch der plötzliche Mangel und die breite Unsicherheit in der Gesamtbevölkerung, können Erinnerungen an Ereignisse aus Krieg und Verfolgung hervorholen. Für Geflüchtete, die schwerste, meist menschengemachte Gewalt erlebt haben, werden bestehende Angst und Anspannung aufgrund der Pandemie noch verstärkt. Strukturen, die nach einem Trauma Halt geben können, wie sportliche Aktivitäten, der Sprachkurs oder Schulbesuch, wie auch Treffen in der eigenen Community, brechen nun oftmals weg. Viele Menschen befürchten im Moment, dass familiäre Konflikte sich zuspitzen und unbeschulten Kindern die Decke auf den Kopf fällt – für Menschen, die mit traumatischen Erfahrungen kämpfen, sich um ihre im Krieg zurückgelassenen Angehörigen sorgen und ohnehin nicht wissen, ob und wenn ja, wann sie in der Lage sein werden, sich eine sichere Zukunft aufzubauen, hat diese Ausnahmesituation psychisch jedoch viel existentiellere Konsequenzen.

¹ Bozorgmehr, K., & Razum, O. (2015). Effect of Restricting Access to Health Care on Health Expenditures among Asylum-Seekers and Refugees: A Quasi-Experimental Study in Germany, 1994–2013. PLOS ONE, 10(7). // Razum, O., Wenner, J., & Bozorgmehr, K. (2016). Wenn Zufall über den Zugang zur Gesundheitsversorgung bestimmt: Geflüchtete in Deutschland. Das Gesundheitswesen, 78(11), 711–714. // Wächter-Raquet, M. (2016). Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende und Flüchtlinge. Der Umsetzungsstand im Überblick der Bundesländer. Bertelsmann Stiftung.

Psychosoziale Unterstützung im Ausnahmezustand

Auch Unterstützungsstrukturen wie die Psychosozialen Zentren für Geflüchtete sind bundesweit gezwungen, ihre regulären Angebote mit direktem Kontakt zu reduzieren. Die Psychosozialen Zentren sind „beziehungsorientierte“ Einrichtungen und um weiterhin eine psychosoziale Versorgung von belasteten Geflüchteten sicherzustellen, finden die Mitarbeitenden neue Wege, um in Kontakt zu bleiben. Der Kontakt und Austausch ist für Geflüchtete extrem wichtig. Es wird daher auf dolmetschergestützte telefonische Beratung und Therapie bzw. Beratung und Therapie mittels Videotelefonie umgestellt.

Doch auch dabei zeigt sich, dass es bei einigen Klient*innen hierfür **an notwendigen Voraussetzungen fehlt**. So berichten z.B. Kolleg*innen aus Mecklenburg-Vorpommern: *„Technik und die Datenschutzregeln bei Video-Beratungen sind das eine, aber ich habe gerade mal wieder festgestellt, dass das WLAN bei den Klient*innen viel zu schwach ist. Viele sitzen ja im Wohnheim, der Netzausbau hier in der ländlichen Region ist leider mäßig“*.

Zur Stabilisierung ist es für alle Klient*innen wichtig, Alltagsstrukturen so gut es geht aufrecht zu erhalten, Ressourcen zu mobilisieren, Informationen breit zu streuen wie auch die Communities und Halt gebende Strukturen in Beratung und Unterstützung miteinzubeziehen.

Solidarität für alle

Wir leben aktuell in einer sehr herausfordernden Situation für alle. Nach den letzten Tagen, in denen sich alle neu orientieren und organisieren mussten, gilt es jetzt vor allem, auch auf die Situation Geflüchteter zu schauen und mit ihnen Solidarität zu zeigen.

Die unerträgliche Situation an den Außengrenzen und in den griechischen Lagern, als auch die Lebenssituation der Geflüchteten in Massenunterkünften hier in Deutschland macht die Solidarität mit allen zur überlebenswichtigen Maßnahme.

Aus der Arbeit mit traumatisierten Geflüchteten wissen wir, dass genau dieser Zusammenhalt schon vielen Betroffenen und Unterstützenden die Kraft gegeben hat, scheinbar ausweglose Situationen zu überleben und die Hoffnung nicht zu verlieren. Doch auch auf struktureller Ebene muss unverzüglich gehandelt werden.



Forderungen

- Es braucht adäquate und der Situation angemessene Schutz- und Wohnräume. Die Unterbringungsbedingungen müssen massiv entzerrt, die Einhaltung der Hygienestandards des RKI ermöglicht, ein stabiler Internetzugang sowie in den Unterkünften ein sicherer Raum zur Verfügung gestellt wird, sodass therapeutische bzw. beraterische Gespräche per Video möglich werden und die Privatsphäre gesichert ist. Vielerorts ist dafür die Verlegung in dezentrale, kleinere Unterkünfte unabdingbar.
- Es sind zuverlässig aktualisierte, mehrsprachige Informationen zur Verfügung zu stellen.
- Gesundheitliche Versorgung ist unabhängig vom Aufenthaltsstatus und einschließlich der erforderlichen Sprachmittlung unbürokratisch sicherzustellen.
- Die Versendung ablehnender Asylbescheide muss ausgesetzt werden, da im Moment aufgrund fehlender (auch anwaltlicher) Beratungsstrukturen kein effektiver Rechtsschutz gewährleistet und die Klagefrist i.d.R. nicht einzuhalten ist.
- Abschiebungen müssen ausgesetzt und Aufenthaltstitel unbürokratisch verlängert werden. Vorsprachen bei den Ausländerbehörden sind im Moment nicht möglich oder mit einem hohen Infektionsrisiko verbunden.